

Basta!

Nr. 4 / November 2014

Basels starke Alternative

Schuld sind immer die Andern ...

Ecopop-Initiative

Den Schlagbaum an der Grenze herunterlassen und damit die Umweltprobleme in der Schweiz lösen? Dies schlägt Ecopop im einen Teil ihrer Initiative vor, der radikalen Begrenzung der Zuwanderung. In dieser Logik ist das Hauptübel unserer Zeit eine zunehmende Bevölkerungsdichte: Im globalen Süden durch eine unkontrollierte Vermehrung der Bevölkerung, bei uns durch die Zuwanderung. Geografisch wie thematisch ist diese Argumentation sehr beschränkt. Dennoch beansprucht Ecopop für sich, als Einzige das Fähnlein der Wachstumskritik hochzuhalten und in globalen Zusammenhängen zu denken.



Tatsächlich sind die Schweiz und ihre Landschaft nicht einfach Opfer umweltschädigender Praktiken, die ihre Ursache in der sogenannten „Bevölkerungsexplosion“ haben. Die Schweiz treibt umweltschädigende Entwicklungen vielmehr entscheidend selber an. Ende 2008 betrug die Auslandsinvestitionen von Schweizer Firmen über 800 Milliarden Schweizer Franken. Dieses Geld steckt in Fabriken, Minen, Kraftwerken, Finanzinstituten und hat den wenig nachhaltigen Zweck, den Mutterkonzernen möglichst hohe Profite zu sichern. Im Bereich der Ernährung sieht es nicht viel besser aus: Anbau, Verarbeitung und Transport der in der Schweiz konsumierten Lebensmittel verschlingen pro Person und Monat 80 Liter Benzin. Ähnliche Situation beim Reiseverhalten: Zwei von drei Reisen mit mindestens einer Übernachtung führen Herr und Frau Schweizer ins Ausland, die wenigsten davon mit dem ressourcensparenden ÖV. Der

ökologische Fussabdruck der Schweiz ist viermal zu gross.

Die Schweiz ist in Wirklichkeit ein bis ins Mark kapitalistisches, global vernetztes Land, das höchst erfolgreich im Standortwettbewerb mitmischelt. Aus diesem Grund wird die Schweizer Bevölkerung auch in Zukunft weiterwachsen, und nicht wegen einer angeblich zu liberalen Migrationspolitik. Zudem wächst die Wirtschaft seit langem viel stärker als die Bevölkerungszahl. Primär hier müsste unsere Wachstumskritik ansetzen. Bis heute ist es nicht gelungen, das Wirtschaftswachstum vom Ressourcenverbrauch abzukoppeln. Und die Früchte des Wirtschaftswachstums sind sehr ungleich zwischen, aber auch innerhalb der Staaten verteilt.

Ecopop will an all dem nichts ändern. Vielmehr liefern die Initianten eine ökologische Rechtfertigung für die Ungleichheit zwischen Menschen, Staaten und „Völkern“. Dies, indem Logiken aus der Biologie - etwa die Idee von einem wiederherzustellenden natürlichen Gleichgewicht - auf die menschliche Gesellschaft übertragen werden.

Ecopop lässt zentrale Fragen komplett aus-

Abstimmungsparolen auf einen Blick:

Basta! hat im Hinblick auf die Abstimmungen vom 30. November 2014 folgende Abstimmungsempfehlungen beschlossen:

Nein zur Integrationsinitiative

Ja zum Gegenvorschlag des Grossen Rats

Nein zur Ecopop-Initiative

Ja zur Abschaffung der Pauschalbesteuerung

Nein zur Goldinitiative

sen vor: Wie können wir gesellschaftliche Rahmenbedingungen gestalten, die Richtung Suffizienz führen? Wie beteiligen wir die Menschen am ökologisch und sozial notwendigen Umbau der Industriegesellschaft? Wie regeln wir den Umgang mit Gemeingütern wie Wasser, Luft, Boden und Rohstoffen gerecht und ökologisch nachhaltig? Diese Fragen auszudiskutieren und in konkrete politische Projekte umzusetzen, ist die zentrale Aufgabe der heutigen und künftigen Generationen. Bis dahin können wir im Kleinen daran arbeiten, dass es uns und der Natur trotz zunehmender Bevölkerungsdichte in der Schweiz nicht schlechter geht.

Alle andern Probleme lösen wir am besten durch eine solidarische Zusammenarbeit mit dem Ausland. Die Umweltbewegung ist gefordert, offensiv für Menschenrechte, Klimagerechtigkeit, für eine sozial verträgliche Ökologie zu kämpfen. Dies aus der Überzeugung der Gleichwertigkeit aller Menschen, aber auch weil ein Übergang in eine grünere Zukunft unter den Vorzeichen eines Systems, das auf Ausbeutung und Ungleichheit beruht, gar nicht gelingen kann.

Pierre-Alain Niklaus

Mutationen an:
Postfach 225, 4005 Basel

AZB
4005 Basel

Die Schweiz ist ein Steuersparparadies mit sehr attraktiven Bedingungen und zahlreichen Steuerschlupflöchern für Unternehmen und wird international entsprechend kritisiert und unter Druck gesetzt. Die Unternehmenssteuerreform III (USR III) begegnet diesem Druck und schafft die Sonderregelung für Holding-, Domizil- und gemischte Gesellschaften (sogenannte Statusgesellschaften) ab. All diese Unternehmenstypen erzielen den grössten Teil ihres Gewinns im Ausland und zahlen bis heute in der Schweiz dafür viel tiefere Steuern als normale Firmen.



Da die Schweiz weiterhin attraktiv für ausländische Firmen bleiben will, sind zum Ausgleich mehrere Steuersenkungen geplant: Einerseits die Einführung von „Lizenzboxen“, mit denen Gewinne durch Patente und Lizenzen zu einem tieferen Satz versteuert würden als Gewinne anderer Branchen. Andererseits eine Senkung der kantonalen Unternehmenssteuersätze von aktuell durchschnittlich 22 auf 16 %. Ausserdem verschiedene weitere Massnahmen, deren negative Auswirkungen auf die Steuereinnahmen enorm und teilweise kaum abschätzbar sind, wie zum Beispiel die „zinsbereinigte Gewinnsteuer“, welche es allen Firmen ermöglichen würde, einen fiktiven Zins von rund 3% auf das Eigenkapital von den Steuern abzuziehen. Alleine diese bisher wenig thematisierte Massnahme würde gemäss Schätzung des Bundes zu bis zu 1,1 Milliarden Steuerausfall jährlich führen.

Steuerausfälle enorm

Die gesamten Ausfälle durch die geplanten Steuersenkungen schätzt der Bund auf über 2 Milliarden. Aufgrund der Komplexität der Materie dürften die realen Verluste an Steuereinnahmen wohl um ein Mehrfaches höher sein. Summiert man die vom Bund geschätzten Maximalausfälle, sind es bereits knapp 5 Milliarden, wobei noch nicht mal alle Massnahmen einbezogen sind. Zur Erinnerung: Bei der letzten Steuersenkung (USR II) wurde der Bevölkerung versprochen, die Steuerausfälle würden höchstens 900 Millionen betragen. In Wirklichkeit ist es das Zehnfache.

Verschiedene Akteure schätzen, dass - über die ganze Schweiz gesehen - die Steuerausfälle durch die reine Aufhebung der unrechtmässigen Begünstigung von Statusgesellschaften tiefer wären als die durch die USR III. Es gäbe jedoch eine deutliche Verschiebung der Steuereinnahmen innerhalb der Schweiz, bei der die Tiefsteuerkantone gewinnen. Kantone mit höheren Steuern und hohem Anteil Statusgesellschaften - insbesondere Basel-Stadt, Waadt und Genf - würden Steuereinnahmen verlieren, weil ein Teil der Statusgesellschaften längerfristig ihren Hauptsitz in Tiefsteuerkantone verlegen wird.

Steuerwettbewerb führt in den Ruin

Der Bund nennt die USR III „Massnahmen zur Stärkung der steuerlichen Wettbewerbsfähigkeit“. Das Ziel sind weitere Steuersenkungen, nicht die Anpassung an internationale Regeln oder gar die Reduktion des Steuerdumpings. Die USR III heizt den Steuerwettbewerb weiter an.

Kurzfristig könnte sich das für die Schweiz und Basel vielleicht noch „lohnen“, wenn neu angelockte Firmen den Ausfall durch die Steuersenkungen kompensieren. International gesehen wirkt sich die Steuerspirale jedoch nur negativ aus. Vom Steuerwettbewerb profitieren nur die Firmen beziehungsweise deren Besitzende, während die Länder Steuereinnahmen verlieren, was gravierende Folgen für die Bevölkerung und den sozialen Zusammenhalt nach sich zieht.

USR III aus Basler Sicht

Basel-Stadt ist von der Aufhebung der Dumpingsteuer für Statusgesellschaften besonders betroffen, über die Hälfte der Gewinnsteuereinnahmen kommen von solchen Firmen. Entsprechend gross ist die Nervosität angesichts der Abschaffung der Steuerprivilegien. Die entscheidenden Fragen sind erstens, ob die hier ansässigen Firmen - allen voran die beiden Pharmariesen und Syngenta - bei einer Aufhebung der Privilegien abwandern bzw. ihren Hauptsitz verlegen würden. Und zweitens, ob man sich von ihnen erpressen lassen will.

Die Basler Regierung bejaht offenbar beides und bringt als Lösung die Lizenzboxen ins Spiel. Diese sollen die international nicht mehr goutierten Sonderregelungen für Statusgesellschaften durch neue Privilegien für forschende Branchen ersetzen. Die Folge wäre, dass die betroffenen Firmen weiterhin von enorm günstigen Steuersätzen profitieren könnten und daher kein Interesse hätten, ihren Sitz zu verlegen. Und Basel könnte weiter auf etwa gleich hohe Steuereinnahmen wie bis anhin zählen. Aus Basler Sicht ist das zwar eine intelligente, aber auch recht egoistische Lösung, denn schliesslich wird mit den Lizenzboxen ein neues Steuerprivileg eingeführt und die Steuerwettbewerbsspirale besteht weiter.

Die Lizenzboxen werden mit dem Argument der Innovationsförderung verkauft. Jedoch wird damit nur die kommerzielle und gewinnbringende Innovation unterstützt. Der Staat subventioniert somit durch Steuerprivilegien jene Forschung, welche ohnehin Gewinn erwirtschaftet und nimmt enorme Mindereinnahmen in Kauf.

Es braucht höhere Steuereinnahmen

Viele Kantone und auch der Bund geraten immer mehr in finanzielle Schwierigkeiten und setzen schmerzhaft Sparpakete durch. Auch in Basel ist für die kommenden Jahre ein Sparpaket angekündigt. Die vorgeschlagene Unternehmenssteuerreform geht daher vollkommen in die falsche Richtung. Der Steuerdumpingwettbewerb müsste abgeschwächt oder gar gestoppt werden, wozu innerhalb der Schweiz ein einheitlicher Mindeststeuersatz von beispielsweise 18 % eingeführt werden soll. Die Steuersenkungen der USR II müssen rückgängig gemacht und sicher nicht noch verstärkt werden.

Man könnte sich auch auf den Standpunkt stellen, dass Lizenzboxen vorübergehend Sinn machen, wenn sie politisch dabei helfen, massive Steuersenkungen in den Kantonen mit vielen Statusgesellschaften zu verhindern. Dies aber nur unter der Bedingung, dass die USR III insgesamt zu Mehreinnahmen aus der Besteuerung der Unternehmens- und Kapitalgewinne führt und diese Einnahmen solidarisch zwischen den Kantonen aufgeteilt werden. Ausserdem müsste sich die Schweiz international für ein Verbot von Lizenzboxen einsetzen, denn wenn die anderen Länder keine Lizenzboxen mehr haben, braucht sie die Schweiz definitiv nicht. Die Diskussion ist erst am Anfang, BastA! wird sich bald eine Meinung bilden müssen.

Tonja Zürcher und Heidi Mück

Kurznachrichten
Verantwortlich: Martin Flückiger

Das Erfolgsmodell der Sex-Boxen in Zürich hat auch in Bundesbern Schule gemacht. Wie im Sexgewerbe sollen auch in andern Wirtschaftszweigen sogenannte Lizenzboxen eingerichtet werden und dafür sorgen, dass sich Grosskonzerne ungestört steuerlich befriedigen können.

Früher war es gang und gäbe, dass die Patrons treuen Arbeitern zum 25-Jahre-Jubiläum eine goldene Uhr schenkten. Für karrierebewusste Frauen könnte dieser alte Brauch in neuer Form wiederbelebt werden. Die Weltkonzerne Google und Facebook wollen ihnen künftig am Karriereende eine tiefgefrorene Eizelle überreichen, damit sie auch mit 64 noch eine Familie gründen können.

Schweizer Bürgerinnen und Bürger sehen die direkte Demokratie in akuter Gefahr. Das ergab eine Umfrage der Bulletin-Redaktion. Eine knappe Mehrheit der Befragten ist der Ansicht, es sei ein Skandal, dass der Volkswille zunehmend vor der Diktatur der Menschenrechte kapitulieren müsse.

Schluss mit dem Pauschalsteuer-Privileg für ausländische Superreiche!

Abstimmung vom 30. November

Die Linke hat innerhalb eines Jahres mit drei Initiativen – 1:12, Mindestlohn und Krankenkasse – Schiffbruch erlitten. Am 30. November haben wir die Chance, das zu korrigieren. Ein Ja zur Initiative für die Abschaffung der Pauschalsteuer ist in Griffweite.

Unter der Bedingung, dass sie hier nicht arbeiten, können ausländische Multimillionäre von der Pauschalbesteuerung profitieren. Statt dem effektiven Einkommen und Vermögen müssen sie nur einen geringen Pauschalbetrag als Einkommen versteuern – in der Regel den 7-fachen Mietwert ihrer Wohnung. 2012 profitierten 5'634 Superreiche von diesem skandalösen Steuerprivileg. Viele von ihnen managen von hier aus – trotz Arbeitsverbot – aktiv ihre Firmenkonglomerate. Unter ihnen einige der Top Ten der Reichsten-Liste der BILANZ in der Schweiz:

- Oligarch Viktor Vekselberg (Zug, Sulzer, OC Oerlikon, Vermögen 12 Milliarden, Platz 5)
- Oligarch Gennadi Timtschenko (Genf, Gunvor, Erdölhandel, Vermögen 9 Milliarden, Platz 8)
- bis vor kurzem Ingvar Kamprad (Waadt, IKEA, Vermögen 41 Milliarden, Platz 1)

Undemokratisch – diskriminierend – ungerecht

Das Pauschalsteuer-Privileg ist:

- Undemokratisch: Jeder soll nach seiner wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit Steuern zahlen. Die Pauschalsteuer verstösst in krasser Weise gegen diesen Grundsatz.
- Diskriminierend: Die Pauschalsteuer privilegiert Ausländer gegenüber Schweizern und verletzt damit die Rechtsgleichheit.
- Ungerecht: Die Pauschalsteuer führt zu Willkür und Begünstigung. Ob Superreiche effektiv hier wohnen und hier auch nicht erwerbstätig sind, wird oft nur lasch oder gar nicht kontrolliert. Damit profitieren immer mehr Schein-Erwerbslose und Schein-Einwohner von diesem Privileg.

Finanziell verkraftbar

Die Abschaffung ist finanziell verkraftbar und reisst kein Loch in die Staatskasse. Erhebungen zeigen: In Zürich, Baselland und Schaffhausen kam es nach der Abschaffung der Pauschalsteuer zu vereinzelt Wegzügen, die Steuereinnahmen blieben aber dank Mehrerträgen der Verbliebenen stabil.

Ja ist in Griffweite

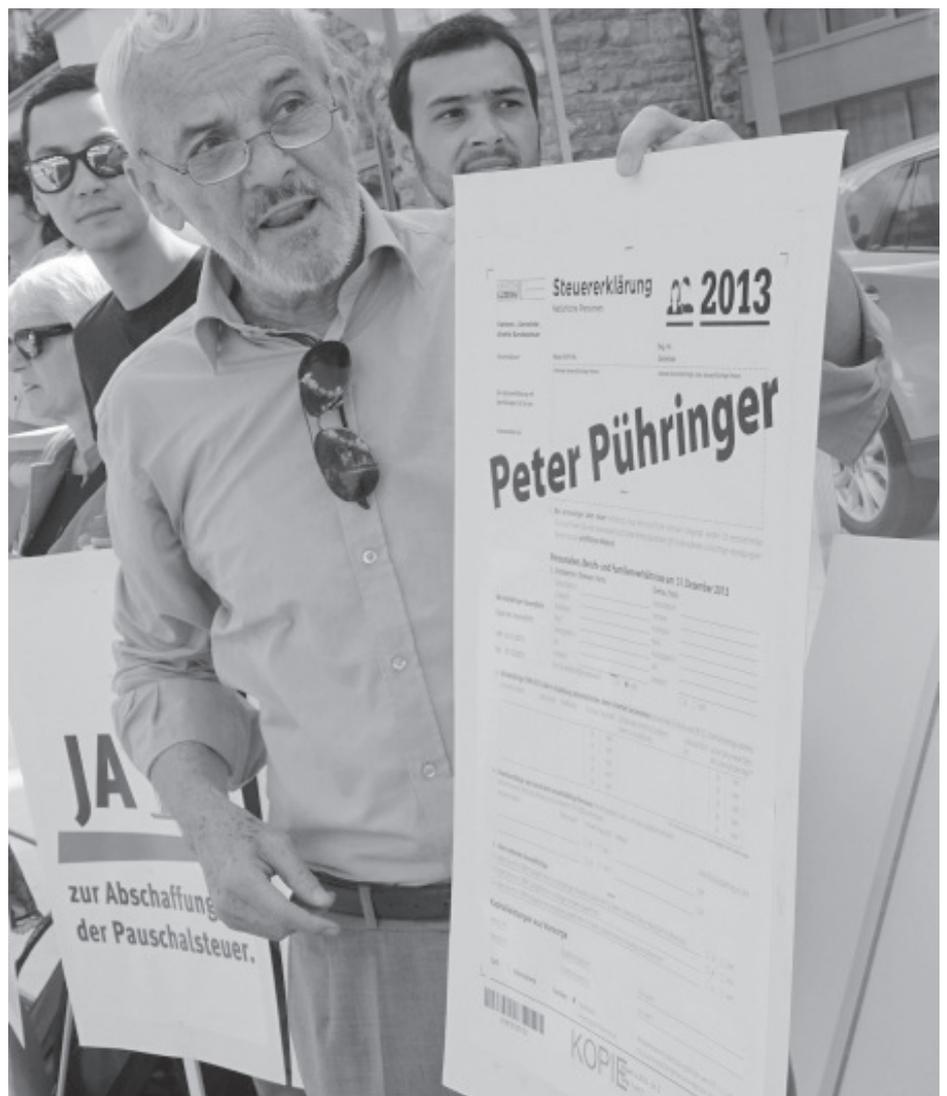
Zustimmung und Ablehnung zur Initiative der Alternativen Liste Zürich (AL) folgen nicht ausschliesslich dem gängigen Links-Rechts-Schema. Das zeigen schon die Mehrheitsverhältnisse bei

der Parolenfassung: bei der CVP haben ein Viertel, bei der GLP gar über 40 Prozent der Delegierten Ja gestimmt oder sich der Stimme enthalten. Auch wenn man die Ergebnisse der verschiedenen kantonalen Abstimmungen zur Abschaffung der Pauschalsteuer mit dem Ergebnis der Steuergerechtigkeits-Initiative der SP Schweiz vom November 2010 vergleicht, zeigt sich, dass die Ja-Stimmen-Anteile durchgehend um fast ein Drittel höher sind.

Mit ihrer erfolgreichen Initiative im Kanton Zürich hat die AL 2009 den Startschuss zur Abschaffung dieses neofeudalen Steuerprivilegs

gegeben. Die AL Zürich war und ist auch der Motor der eidgenössischen Abschaffungs-Initiative. Die Chancen stehen gut, dass am 30. November der Durchbruch auf gesamtschweizerischer Ebene gelingt. Politgeograf Michael Hermann sieht bei Steuerthemen das grösste Erfolgspotenzial für die Linke, insbesondere, wenn sie auf die Privilegien der Reichen abzielt: „Die Pauschalbesteuerungs-Initiative der AL könnte durchaus Chancen an der Urne haben – hier ist ein gewisses Spannungsfeld zwischen Parlament und Bevölkerung gegeben.“

Niklaus Scherr



Niklaus Scherr im Abstimmungskampf für die Abschaffung der Pauschalbesteuerung.



junges grünes bündnis
nordwest

Grenzüberschreitende Zusammenarbeit verstärken

Nach dem Scheitern der Fusionsinitiative

Das junge grüne bündnis nordwest, das sich im Komitee *Jugend für ein Basel* in der Fusionsabstimmung engagiert hat, ist enttäuscht über das Nein zur Fusion. Dies führt aber nicht dazu, dass wir das Anliegen der Anpassung politischer Grenzen an die gelebte Realität aufgeben.

Trotz oder gerade wegen der enttäuschend deutlichen Ablehnung der Fusionsinitiative sind wir entschlossen, weiterhin für die Region Basel zu kämpfen. Es wäre ein Fehler, den Zukunftsgegnern, die uns eine Verlängerung dieser unglückseligen Trennung beschert haben, nun das Feld zu überlassen. Wer behauptet, das Thema „Region Basel/Nordwestschweiz“ sei jetzt vom Tisch, gibt sein Einverständnis zu einer Politik, die uns mit Pauken und Trompeten ins Schlammassel reitet. Das jgb hat deshalb nach der verlorenen Abstimmung einen Katalog von Vorschlägen und Forderungen verabschiedet. Im Interesse einer gemeinsamen politischen Kultur und kurzen Lösungswegen schlagen wir gemeinsame Debatten von Gross- und Landrat vor. So kann in grenzüberschreitenden Fragen schneller und direkter Klarheit geschafft werden. Um die Zusammenarbeit in diesen Bereichen auf Dauer zu stärken, müssen aber in Bereichen wie der Raumplanung auch Planungsinstrumente und Institutionen zusammengefasst werden, die gesetzlichen Grundlagen dafür sind weitgehend vorhanden. Da grenzüberschreitende Politik oft nicht nur die beiden Basel betrifft, bleibt der Kanton Nordwestschweiz weiterhin unser Fernziel, die Fusion als Zwischenschritt sollte periodisch und nicht erst in 50 Jahre wieder geprüft werden. Gerade im Dreiländereck dürfen wir auch unsere internationalen Nachbarn nicht vergessen. So besteht eine hervorragende Basis zur Zusammenarbeit mit dem Oberrheinrat, dem wir gerne mehr Kompetenzen geben möchten. Eine wichtige Rolle, wenn es um die Stärkung unserer Region geht, spielt zudem die Wirtschaftsförderung, weshalb hier keine Wirtschaftsoffensiven im Alleingang (wie etwa durch das Baselbiet) erfolgen sollten, sondern eine gemeinsame Strategie der Nordwestschweiz gefragt ist.

Die Jungen haben es bei der Fusionsabstimmung vorgezeigt, dass man ein Anliegen gemeinsam über die Kantons- und Parteigrenzen hinaus verfolgen kann. Selten waren sich die Jungparteien in Stadt und Land über ein Anliegen derart einig, wie bei der Fusion der beiden Kantone. Da die Fusionsfrage auch an den Generationen im Baselbiet scheiterte, haben das jgb zusammen mit der Juso BL beschlossen, zwei Initiativen zur Stärkung der Demokratie zu lancieren: Mit der Senkung des aktiven Stimmrechtsalters von heute 18 auf neu 16 Jahre und der Einführung des aktiven Stimmrechts für niedergelassene Ausländerinnen und Ausländer soll die jüngere Generation mehr Stimmen erhalten. Denn eines hat die Fusionsabstimmung gezeigt: Die Jugend ist bereit für ein Zusammengehen.

Damit gelangen wir auch an unsere Mutterparteien: Bitte, liebe BastA!, Grüne BL und BS, prüft doch einmal, was das jgb schon seit bald 10 Jahren vormacht: die Fusion eurer Parteien! Ihr wärt überrascht, wie viele Vorteile das bringt...

Bálint Csontos, Vorstand jgb nordwest



Kurznachrichten

Energiebewusste

Die Schweizerischen Konsumentinnen und Konsumenten verhalten sich immer energiebewusster. Herr und Frau Schweizer kaufen neuerdings massenweise mit Solarenergie betriebene Produkte wie sinnlos vor sich hin leuchtende Lämpchen, winkende Katzen, strahlende Gartenzwerge und anderen Plunder – und sparen damit die Energie, auch nur eine Minute nachzudenken.

Sinneswandler

Die SVP hat einen erstaunlichen Sinneswandel durchgemacht. Sie kümmert sich neuerdings mit Herzblut um das Wohlergehen der Asylsuchenden. So sollen Flüchtlinge künftig nur noch auf dem Luftweg in die Schweiz einreisen dürfen. Das sei billiger und weniger gefährlich als der beschwerliche Weg in überfüllten Booten über das Mittelmeer.

In der Kürze liegt die Würze

Am 30. November gelangen drei eidgenössische Vorlagen zur Abstimmung. Zusammengefasst geht es darum, dass in die Schweiz nur noch einwandern darf, wer sein Körpergewicht in Gold aufwiegen kann und pauschal bescheuert – pardon – gesteuert ist.

Humanitäre

Italien hat auf die Flüchtlingskatastrophe bei Lampedusa vor rund einem Jahr reagiert und die Operation „Mare Nostrum“ ins Leben gerufen. Diese hat zehntausenden von Flüchtlingen das Leben gerettet und der europäischen Einwanderungspolitik wenigstens noch den Anstrich von Humanität verliehen. Die Operation „Mare Nostrum“ soll nun gestoppt werden, da sie Flüchtlinge geradezu ermutige, den gefährlichen Weg übers Mittelmeer zu wagen. Offensichtlich ist die EU der Ansicht, es sei humaner, die Flüchtlinge ertrinken zu lassen, anstatt sie lebend zu bergen und dann wieder in ihre Herkunftsländer zurückzuschicken.

Bello

Das neue Maskottchen der SVP ist ein Berner Sennenhund. Die Redaktion hat ein offensichtlich mit Frühenglisch aufgewachsenes Exemplar dieser Hunderasse um ein kurzes Statement gebeten. Die Antwort kam prompt: Wow!

Gestresste

Die Banken der EU haben den Stresstest der Europäischen Zentralbank grösstenteils bestanden. Hätte man allerdings die Millionen Menschen befragt, die durch das verantwortungslose Geschäftsgebaren der Grossbanken und die darauf folgenden milliardenschweren Rettungspakete der öffentlichen Hand in die Arbeitslosigkeit und in den Ruin getrieben worden sind, wäre das Resultat des Stresstests wohl katastrophal ausgefallen.

Turmbauer

In alten Zeiten galt in protestantischen Gemeinden die Regel, dass der Kirchturm der katholischen Kirche auf keinen Fall höher sein darf als derjenige der protestantischen. Nun will der Pharmakonzern La Roche den höchsten Turm der Schweiz bauen, der damit auch sämtliche Kirchtürme überragt. Will der Konzern damit demonstrieren, wo Gott in Wirklichkeit hockt, und dass die Seelsorge getrost den Psychopharmaka überlassen werden kann?

Zukunftswerkstatt der Kurdinnen und Kurden bedroht

Internationale Solidarität

Seit Wochen tobt um die kurdische Stadt Kobanê im Norden Syriens ein Krieg. Kurdischen Frauen und Männern ist es dank erbittertem Widerstand gelungen, den Vormarsch der Terrororganisation „Islamischer Staat“ (IS) zu stoppen. Die Türkei spielt in diesem Zusammenhang ein übles Spiel. Doch auch die Rolle der USA ist keineswegs über alle Zweifel erhaben.



Vergessen wir nicht: Die USA hatten nie die geringsten Skrupel, sich mit diktatorischen Regimes übelster Ausprägung zu verbünden. So haben sie etwa den Schah von Persien gestützt und damit die islamisch geprägte Revolution provoziert, die ihn schliesslich vom Throne fegte. Auch zu Saudiarabien und den Golfstaaten unterhielt man stets enge Beziehungen, mithin zu Staaten, die erwiesenermassen direkt oder indirekt terroristische Islamisten unterstützen. Wenn es um Öl geht, spielen die Menschenrechte keine Rolle. In Afghanistan haben die USA die Taliban unterstützt und bewaffnet, solange diese gegen die russische Besatzungsmacht kämpften. Doch die Geister, die man rief, wurde man dann bekanntlich nicht mehr los. Die militärische Intervention in Afghanistan hat den politischen Islam nicht geschwächt, sondern im Gegenteil weiter radikalisiert. Die imperialistischen Grossmächte, allen voran die USA, trifft eine ganz direkte Mitschuld am zunehmenden Einfluss des politischen Islam im nahen und mittleren Osten.

In jüngster Zeit haben die USA zweimal versucht, den mittleren Osten nach ihren Interessen umzugestalten, beide Male mit verheerenden Folgen. Der Einmarsch der amerikanischen Truppen in den Irak hat zwar der Diktatur Saddam Husseins ein Ende gesetzt, aber im Gegenzug nicht nur den Irak selber, sondern die ganze Region destabilisiert. Und die amerikanische und europäische Unterstützung der syrischen „Rebellen“ – sogenannte „gemässigte“ Islamisten – hat den fanatischen Gotteskrieger des Islamischen Staats den Weg bereitet und eine enorme Flüchtlingswelle ausgelöst.

Nutzniesser der unklaren Machtverhältnisse im mittleren Osten waren zunächst die Kurdinnen und Kurden. Im ölfreieichen Norden Iraks ist ein faktisch autonomer kurdischer Staat entstanden. Und die Kurdinnen und Kurden in Rojava (kurdischer Name für das Gebiet im Norden Syriens) haben das Machtvakuum nach Ausbruch des Krieges genutzt, um eine Selbstverwaltung einzurichten. Das Gebiet wurde in drei Kantone unterteilt. Kobanê ist der mittlere der drei, und daher auch strategisch von Bedeutung. Würde Kobanê vom IS besetzt, wäre Rojava in zwei von einander getrennte Gebiete zerrissen.

Von der Weltöffentlichkeit leider kaum wahrgenommen, haben die Kurdinnen und Kurden in

Rojava eine Gesellschaftsform verwirklicht, die sich nicht entlang religiöser oder ethnischer Unterschiede organisiert, sondern alle Teile der Bevölkerung und alle Interessengruppen in einer Art Räteystem in die Gestaltung des Gemeinwesens einbezieht: Aleviten, Muslime, Christen, Kurden, Armenier, Syrer etc. Eine Demokratie „von unten“ eben, wie sie Abdullah Öcalan in seinem Manifest vorgezeichnet hat.

Es liegt auf der Hand, dass dieses Gesellschaftsmodell weder den mächtigen, autoritären Ölstaaten in der Region noch den USA oder der EU in den Kram passt, und schon gar nicht der Türkei. Die Türkei spielt in diesem Zusammenhang ein besonders übles und gefährliches Spiel. Der türkische Staat unterstützt den IS zumindest logistisch – dafür gibt es Beweise. Erdogan kann es nur recht sein, wenn Kobanê fällt, denn das würde die Position auch der Kurdinnen und Kurden in der Türkei schwächen. Ausserdem erhofft sich die Türkei, durch den Vormarsch des IS grünes Licht für die Errichtung einer sogenannten Sicherheits- oder Pufferzone entlang der syrischen Grenze zu erhalten. Damit würden dann genau die Gebiete von der Türkei militärisch besetzt, in denen die Kurdinnen und Kurden daran sind, ihr innovatives Gesellschaftsmodell zu verwirklichen.

Gefährlich ist dieses Spiel für die Türkei aber auch innenpolitisch. Die PKK interpretiert das Verhalten der Türkei zu Recht als Verletzung des Waffenstillstands, der seit 2012 in Kraft ist. Sollte das Kalkül der Türkei aufgehen und Kobanê fallen, ist absehbar, dass die PKK wieder Ziele in der Türkei angreifen wird. Es droht ein erneuter Krieg zwischen der PKK und der türkischen Armee. Statt nun ein Zeichen zu setzen, dass es ihm ernst ist mit dem Friedensdialog, wirft Erdogan ständig Öl ins Feuer. So geht die

Polizei fast täglich mit äusserster Härte gegen aufgebrachte Demonstrantinnen und Demonstranten vor, die gegen die Politik der Türkei im Krieg um Kobanê protestieren. Über 40 Demonstrierenden wurden in den letzten Wochen getötet.

Die USA haben erst spät und zögerlich begonnen, die Verteidigerinnen und Verteidiger von Kobanê mit Bombenangriffen auf den IS zu unterstützen. Dies einerseits aus Rücksicht auf die Türkei, die sich ja immer noch weigert, der US-Luftwaffe ihre militärischen Stützpunkte zur Verfügung zu stellen. Andererseits darf man nicht vergessen, dass die PKK und deren Schwesterorganisation YPG in den USA und in der EU nach wie vor auf der Liste terroristischer Organisationen fungieren. Mit Barzani im Nordirak hingegen pflegt selbst die Türkei freundschaftliche Beziehungen. Einerseits wegen des Öls, andererseits aber auch wegen der Tatsache, dass von Barzani keine grosse Gefahr ausgeht. Er ist – im Unterschied zu Abdullah Öcalan – kein gesellschaftlicher Erneuerer, sondern vor allem Milliardär und Ölmanager, der sich mit Kapitalisten bestens versteht. Erdogan versucht denn auch immer wieder, Barzani gegen Öcalan auszuspielen, allerdings mit wenig Erfolg. Die Popularität Abdullah Öcalans bei der kurdischen Bevölkerung ist nach wie vor ungebrochen.

Der Krieg um Kobanê bedroht nicht nur die dort lebenden Menschen, sondern auch die Zukunftswerkstatt der Kurdinnen und Kurden. Es ist enorm wichtig, dass das gesellschaftliche Experiment in Rojava weitergeführt und weiterentwickelt werden kann. Denn das dort gelebte Gesellschaftsmodell hat Vorbildcharakter nicht nur für den nahen und mittleren Osten, sondern auch für uns hier in der Schweiz.

Martin Flückiger



Demonstration für Kobanê in Basel am 11.10.2014. Bild: Domink Labhardt

Mietshäuser-Syndikat Basel

In Basel aktiv

In der losen Serie, in der wir in Basel aktive Bewegungen vorstellen, geht es heute um das Mietshäuser-Syndikat Basel.

Fast alle von uns kennen solche Geschichten: Das Haus, in welchem man seit Jahren wohnt, verlottert langsam. Die Miete ist zahlbar, die Nachbarn sind nett, aber es wird nur das Nötigste geflickt. Irgendwann wird das Haus verkauft werden, und weil es dann als „verwohnt“ gilt, bekommen alle im Haus die Kündigung und das Haus wird total- bis luxussaniert. Oder diese Geschichte: Die Hausbesitzer sind alt und nett, und sie haben ihren Mietern immer wieder versichert, dass alles so bleiben soll, wie es ist. Plötzlich verschlechtert sich der Gesundheitszustand, die alte Frau, der alte Mann muss ins Heim. Ein Beistand muss sich um die Angelegenheiten der betagten Person kümmern und dazu gehört, das Haus zu verkaufen. Von Gesetzes wegen sind Beistände verpflichtet, das Haus an den Meistbietenden zu verkaufen – und dies ist in aller Regel nicht die Mieterschaft, sondern ein Profi, der mit Häusern kaufen sein Geld verdient.

Nicht Anlageobjekte, sondern Gebrauchswerte schaffen

Spätestens seit der Finanzkrise von 2008 lohnt es sich ungemein, Kapital in sogenanntem „Betongeld“ anzulegen. Die Häuser werden vermehrt zu Anlage- und Spekulationsobjekten. Gegen diese, vermeintlich unaufhaltsame, Entwicklung stellt sich das Mietshäuser Syndikat Basel. Der Name und die Grundidee „Mietshäuser Syndikat“ entstammen dem deutschen Vorbild, welches vor mehr als 20 Jahren aus der HausbesetzerInnenszene in Freiburg i.Br. entstanden ist. In Deutschland konnten dadurch gut 90 Hausprojekte in ihrer Gründung unterstützt werden. Das Syndikat wird durch alle Projekte gemeinsam gebildet und ist durch eine GmbH-Struktur an jedem einzelnen Haus beteiligt. Dadurch stellt das Mietshäuser-Syndikat sicher, dass die Häuser nicht zweckentfremdet bzw. wieder zu Anlageobjekten werden. Dieser

Verbund gewährleistet weiter den Austausch von Know-how sowie finanzielle Solidartransfers, beides ist insbesondere für Projekte in der Startphase sehr hilfreich. In Hausangelegenheiten handeln die einzelnen Hausgemeinschaften weitestgehend autonom. Nach diesem Vorbild, aber auf schweizerisches Recht zugeschnitten, wird nun auch in Basel ein Syndikats-Modell durch eine Genossenschaftsgründung aufgebaut.

Die Häuser denen, die drin wohnen!

Das Mietshäuser Syndikat Basel präsentiert sich momentan als eine Vernetzungsplattform für MieterInnen, BewohnerInnen bestehender Genossenschaften sowie Organisationen und Personen, die sich für eine soziale Wohnungspolitik einsetzen. Kernprinzip ist die Förderung der Solidarität von BewohnerInnen in „gesicherten“ Wohnverhältnissen mit jenen, die den Marktkräften frei ausgesetzt sind. Seit 2013 treffen sich dafür engagierte Personen unterschiedlicher Generationen, VertreterInnen von MieterInnenkollektiven und Genossenschaften sowie Menschen, die zukünftig selbstbestimmt wohnen wollen. Die bisherige Erfahrung zeigt deutlich, dass die zentrale Herausforderung zur Etablierung neuer Kollektivhäuser nicht primär in der Finanzierung liegt, sondern in der Möglichkeit eine Liegenschaft überhaupt zu einem angemessenen Preis erwerben zu können. So wurden Projektgruppen in der Vergangenheit schon mehrfach überboten. Aus diesem Grund sind auch alle HausbesitzerInnen, die sich um eine sozialverträgliche und nachhaltige Nachfolgeregelung für ihre Liegenschaft sorgen, aufgerufen in der Plattform mitzuwirken.

Claudia Studer und Ivo Ballmer

*Kontakt: Webseite www.viavia.ch/syndikat,
Email syndikat@viavia.ch*

Der Barfi gehört der Öffentlichkeit



Fast alle Plätze, die von der Herbstmäss genutzt werden, erfahren in nächster Zeit durch Um- oder Neubauten Veränderungen. Nebst dem Barfi betrifft dies auch die Kaserne und den Messeplatz, wo aller-

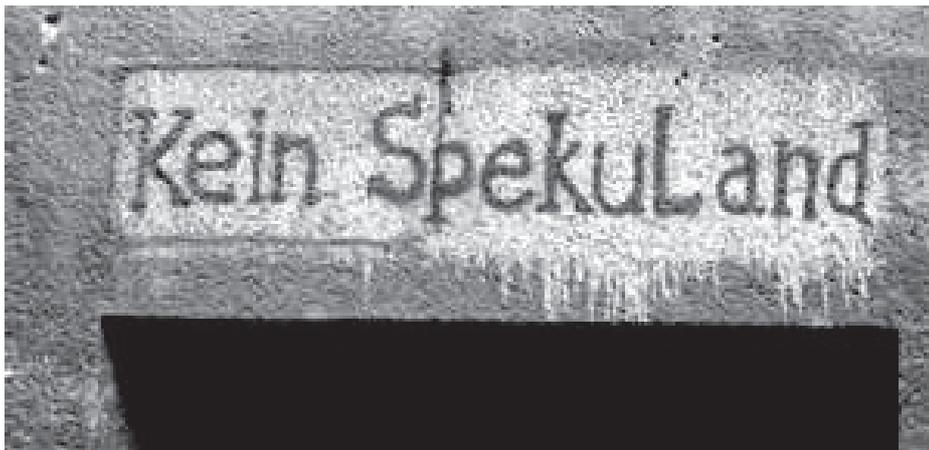
dings der Parkhausneubau noch tief in der Planungsphase steckt. Die Pläne für den Umbau des Casinos jedoch liegen bereits vor, und bergen einigen Zündstoff. Dass das Casino einer umfassenden Erneuerung bedarf, ist unbestritten, auch wenn der Zaha Hadid Bau in der Abstimmung von 2007 abgelehnt worden ist. Eine Mehrheit der Stimmenden erachtete damals den geplanten Neubau als überdimensioniert für diesen Standort. Das nun vorliegende Projekt überzeugt in vielen Bereichen. So soll der Kulturbetrieb vom Gastronomiebereich räumlich getrennt werden. Der denkmalgeschützte Musiksaal wie auch der Hans Hubersaal bleiben erhalten. Der Musiksaal erhält eine neue Bühne und wird rollstuhlgängig, die Garderoben für die Auftretenden werden den heutigen Standards angepasst, was dringend nötig ist.

Auch architektonisch scheint auf den ersten Blick nun eine schlaue Lösung gefunden worden zu sein. Einerseits bleiben die Eingänge für die Veranstalter am Steinenberg erhalten, andererseits sollen die Besucher über den Barfi ins Casino eintreten. Ein zweiter Eingang kommt in die neue Gasse zwischen Restaurantteil und Musiksaal, wohl für die Besucher, welche das Parkhaus Theater benützen. Auch der seitliche Anbau Richtung Bafüsserkirche ist nicht zu beanstanden.

Der Haken am Projekt ist der geplante Haupteingang am Barfi. Zwar schreibt die Casinogesellschaft in ihrer Broschüre: „Mit der Verlegung des Haupteinganges vom Steinenberg auf den Barfi entfällt das Gedränge auf dem Trottoir und der Eingangsbereich erfährt eine neue Grosszügigkeit.“ Was die Casinogesellschaft verschweigt: Damit wird die Fläche, die öffentlich genutzt werden kann, deutlich reduziert. Betroffen wären nebst Herbstmäss und Weihnachtsmarkt auch das Jugendkultur- und das Imaginefestival, der Wochenmarkt, das Beachvolleyballturnier und weitere Nutzungen des Barfi. Ein Teil der Allmend würde dauerhaft für private Zwecke vereinnahmt, und das ist nicht akzeptabel. Der Barfi gehört der Öffentlichkeit.

Der Ball liegt nun bei der grossrätlichen Bau- und Raumplanungskommission. Sie sollte ernsthaft prüfen, ob nicht ein Hauptportal durch den Kopfbau, also den Gastronomiebereich, realisierbar wäre. Aus meiner Sicht wäre es jedenfalls sehr unklug, ein an sich gutes Projekt unnötig zu gefährden. Eine erneute Niederlage des Casino-Umbaus an der Urne ist kein wünschenswertes Szenario.

Urs Müller



Parolen zu den Abstimmungen vom 30. November 2014

Nein zur Integrationsinitiative:

Was diese Initiative anstrebt, ist nicht eine bessere Integration der Migrationsbevölkerung. Sie will nur die Hürden für eine Aufenthaltsbewilligung erhöhen und die Migrantinnen und Migranten zusätzlich schikanieren. Der Gegenvorschlag schreibt im Wesentlichen den Status quo fest, mit der Ausnahme, dass neu Zugezogene einen Gutschein für einen Sprachkurs im ersten Jahr des Aufenthalts erhalten. Und das ist eine klare Verbesserung gegenüber dem Ist-Zustand. Neben dem ‚Fordern‘ kommt nun endlich auch das ‚Fördern‘. Wir empfehlen daher ein **Ja** zum Gegenvorschlag.

Nein zur Ecopop-Initiative.

Die Initiative ist eine Mogelpackung. Ökologische und verkehrspolitische Probleme über eine Reduktion der Zuwanderung lösen zu wollen, ist absurd. Ebenso absurd und arrogant ist es, die Entwicklungshilfe vor allem darauf auszurichten, das Bevölkerungswachstum zu stoppen. Man wird den Verdacht nicht los, dass die Initiantinnen und Initianten ihre zutiefst fremdenfeindliche und überhebliche Grundhaltung unter einem grünen Mäntelchen zu verbergen suchen.

Nein zur Goldinitiative.

Die von SVP-Kreisen lancierte Initiative will die Nationalbank zwingen, 20% ihrer Aktiven in Gold zu horten. Die Möglichkeiten der Nationalbank, regulierend auf den Finanzmarkt einzugreifen, würden dadurch eingeschränkt. Beispielsweise wäre es nicht mehr möglich, dass die Nationalbank Massnahmen zur Stabilisierung des Frankenurses ergreifen könnte. Die Forderung ist antiquiert und geht vom Irrglauben aus, Gold habe einen fixen Wert und sei damit sicher. Dabei schwankt der Goldpreis genauso wie der anderer Güter.

Ja zur Abschaffung der Pauschalbesteuerung.

Die Alternative Liste Zürich war mit einer entsprechenden Initiative auf kantonaler Ebene überraschend erfolgreich und hat daher eine ähnliche Initiative auf nationaler Ebene lanciert. Pauschalbesteuerung bedeutet, dass sehr reiche Menschen nur das Siebenfache ihrer Mietkosten oder des Mietwerts ihres Hauses versteuern müssen. Das ist eine grosse Ungerechtigkeit. Im Kanton Basel-Stadt ist die Pauschalbesteuerung schon vor Jahren abgeschafft worden.

Massnahmen gegen Wohnungsnot

Parlamentarische Vorstösse

Basta! will mit 6 parlamentarischen Vorstössen Massnahmen gegen die akute Wohnungsnot in Basel anregen.

Die Situation auf dem Basler Wohnungsmarkt ist prekär. Fast 300 Personen haben beim „Schwarzen Peter“ eine Meldeadresse, weil sie keinen festen Wohnsitz haben. Die sozialen Einrichtungen haben enorme Schwierigkeiten, für ihre Klientinnen und Klienten eine bezahlbare Unterkunft zu finden. Das führt zu Folgeproblemen. So bleiben etwa Menschen ohne Wohnung länger in stationären Einrichtungen wie Kliniken, Wohnheimen oder Angeboten des begleiteten Wohnens, was dort wiederum zu Engpässen führt.

Doch das ist nur die Spitze des Eisbergs. Wir hören von Wohngenossenschaften, dass sich für eine 4-Zimmer-Wohnung zu zahlbarer Miete 150 Familien auf der Warteliste befinden. Das zeigt: die Wohnungsnot trifft zunehmend auch Familien mit unteren oder mittleren Einkommen.

Die Regierung glaubt offenbar immer noch daran, dass der Markt es schon richten wird. Angesichts des dramatisch tiefen Leerwoh-

nungsbestands verweist sie auf die zunehmende Bautätigkeit in den kommenden Jahren. Doch das hilft den heute Betroffenen rein gar nichts. Und wenn wir die Ausrichtung der Wohnbautätigkeit genauer betrachten, stellen wir fest, dass die Erstellung von günstigem Wohnraum – für sozial Schwache, aber auch für „Normalverdienende“ – nicht auf der Prioritätenliste steht.

Basta! setzt sich dafür ein, dass Menschen aller Einkommensschichten in Basel eine ihren Bedürfnissen entsprechende Wohnung finden. Wir verlangen, dass der Kanton seine soziale Verantwortung wahrnimmt und haben deshalb 6 Vorstösse erarbeitet, die wir demnächst einreichen werden. Die Vorstösse zielen einerseits auf kurzfristige Massnahmen zur Milderung der akuten Wohnungsnot, aber auch auf Massnahmen, die längerfristig ein Angebot an bezahlbarem Wohnraum sichern sollen.

Die sechs Vorstösse können auf unserer Webseite unter www.basta-bs.ch eingesehen werden.

Referendum gegen die Auslagerung der öffentlichen Zahnkliniken eingereicht

Am Freitag um, den 31. Oktober haben die Parteien SP, Juso, Basta!, Grüne und jgb zusammen mit der Gewerkschaft vpod rund 2'800 Unterschriften im Rathaus an die Staatskanzlei übergeben.

Das Referendum stiess bei den Bürgerinnen und Bürgern auf der Strasse auf positive Resonanz. Für SP-Präsidentin Brigitte Hollinger ist das Signal klar: „Die Stimmen aus der Bevölkerung haben uns bestätigt, dass Volks- und Schulzahnklinik in Basel einen sehr guten Ruf geniessen.“

Da in der Schweiz die obligatorische Krankenversicherung keine Zahnbehandlungen abdeckt, ist die soziale Zahnmedizin ein wichtiger Bestandteil des sozialen Netzes.

„Es ist nachvollziehbar, dass die Bevölkerung keine Experimente mit der bewährten und funktionierenden öffentlichen Zahnmedizin wünscht. Auslagerungen bedeuten immer auch Demokratie- und Kontrollverlust und bringen in vielen Fällen eine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen für die Angestellten mit sich“, ergänzt Doris Moser Tschumi, Vorstandsmitglied vpod Region Basel.

Die Referendumsorganisationen sehen der Abstimmung zuversichtlich entgegen.



Missachtung des Alpenschutzartikels und Gefährdung der Verlagerungspolitik, Verschwendung von Milliarden Steuergeldern, Mogelpackung: BastA! hat beschlossen, das Referendum gegen die zweite Gotthardröhre zu unterstützen.



Obwohl eine zweite Röhre am Gotthard mehrfach an der Urne gescheitert ist, starten der Bund und die Mehrheit des Parlaments einen weiteren Versuch, das Projekt durchzuboxen, diesmal unter dem Deckmantel

eines „Sanierungstunnels“. Dass dies ein plumper Beschiss ist, leuchtet jedem ein, der zwei und zwei zusammen zählen kann. Laut Gesetz dürfen zwar nur zwei Fahrbahnen benutzt werden, reell werden aber vier Spuren im Berg sein. Bereits heute ist absehbar, dass der Druck, alle vier Spuren zu öffnen, sehr gross sein wird. Die Befürworter (wenn auch nicht das offizielle Bundesbern) gehen davon aus, dass mit dem Bau der zweiten Röhre der Stau am Gotthard verschwinden wird. Das setzt aber voraus, dass

alle vier Spuren befahren werden. Abgesehen davon ist die Gefahr gross, dass die EU eine Öffnung aller vier Spuren erzwingen wird. Sie kann sich dabei auf das Landverkehrsabkommen berufen: demnach dürfen keine künstlichen Engpässe geschaffen werden. Auch die inländische Strassen- und Transportlobby würde umgehend auf die Öffnung aller vier Spuren drängen.

Es ist unbestritten, dass der alte Strassentunnel saniert werden muss. Das setzt aber nicht zwangsläufig eine zweite Röhre voraus. Der Bundesrat hat bereits in seinem Bericht vom Dezember 2010 aufgezeigt, wie es auch gehen könnte: mit einem Bahnverlad für Autos und einer Rollenden Landstrasse für Lastwagen. Mit der Eröffnung des Gotthard Basis-Tunnels wird Lugano nur noch knapp zwei Bahnstunden von Zürich entfernt sein. Waren und Personen durchqueren dann die Alpen mit der Bahn deutlich schneller als auf der Strasse. Aus diesem Grund hat man auch die 20 Milliarden teure NEAT geplant, die bald fertig gestellt ist und dazu dienen soll, den alpenquerenden Güterverkehr auf die Schiene zu verlagern. Eine zweite Gotthardröhre würde die Bahn konkurrenzieren und damit das Verlagerungsziel gefährden.

Mich als Tessinerin amüsiert das Lieblingsargument der Befürworter: die vermeintliche Solidarität mit dem Tessin. Ohne den Bau der zweiten Röhre werde das Tessin abgehängt. Das stimmt jedoch überhaupt nicht, im Gegenteil! Mit einem Autoverlad zwischen Göschenen und Airolo und einer Rollenden Landstrasse für Lastwagen durch den Basistunnel kann die Verbindung mit dem Tessin jederzeit sichergestellt

werden. Zum Zeitpunkt der Sanierung werden sowohl der Gotthard- wie der Ceneri-Basistunnel für die Bahn betriebsbereit sein.

Anders sieht es aus, wenn eine zweite Röhre gebaut wird. Diese würde frühestens 2027 in Betrieb genommen. Die alte Röhre muss jedoch bis 2025 saniert werden. Länger kann sie nicht sicher betrieben werden, sagen die TechnikerInnen. Damit die alte Röhre also bis 2027 betrieben werden kann, müsste eine provisorische Sanierung vorgenommen werden. Diese bedingt gemäss Bundesrat eine Totalsperre des Tunnels für viereinhalb Monate (140 Tage). Während dieser Zeit würden keine Alternativen auf der Schiene zur Verfügung stehen. Kurz: In Wahrheit würde das Tessin mit einem Ja zur zweiten Röhre abgehängt, und nicht umgekehrt. Darüber redet aber niemand.

Für das Projekt am Gotthard sind drei Milliarden Franken vorgesehen. Diese kommen in erster Linie dem Lastwagen- und Ferienverkehr zugute. Das Geld, das die zweite Röhre verschlingen würde, fehlt dann in den Agglomerationen, wo die verkehrspolitischen Probleme ungleich dramatischer sind. Während der Gotthardtunnel durchschnittlich von 17'000 Fahrzeugen pro Tag befahren wird, sind es in den Agglomerationen 100'000 und mehr. Dort sind die wahren Engpässe zu suchen und zu beheben.

Und à propos Solidarität mit dem Tessin: Im Raum Mendrisio gehen die Unterschriftenbogen für das Referendum weg wie warme Weggli. Denn die Momò (so werden die Bewohner des Distriktes genannt) haben wortwörtlich die Nase voll von den Abgasen des Lastwagentransitverkehrs Richtung Norden und des ungelösten

Agglomerationsverkehrsproblems (allein in der Gemeinde Ligrone verkehren täglich 10'000 Autos, so viele wie im Winter am Gotthard). Der Bau einer zweiten Röhre würde noch mehr Lastwagentransitverkehr mit sich bringen. Ein Nein an der Urne würde vielen Tessinerinnen und Tessinern einen grossen Gefallen machen.

Patrizia Bernasconi

- Ich interessiere mich für BastA! Schickt mir mehr Unterlagen.
- Ich möchte regelmässig von BastA! hören. Ich spende mindestens Fr. 30.– und bekomme den detaillierten BastA!-Versand.
- Ich will Mitglied von BastA! werden und bezahle einen monatlichen Beitrag von Fr. _____.–
(Richtgrösse ist 1% des Nettoeinkommens, der Minimalbeitrag für Leute mit geringem Einkommen beträgt Fr. 10.– pro Monat).
- Ich bestelle die Broschüre „Mobilität mit Qualität“ (38 Seiten, Unkostenbeitrag Fr. 5.–)

Name: _____

Vorname: _____

Strasse: _____

Adresse: _____

Telephon/Fax: _____



Bitte einsenden an:
BastA!, Basels starke Alternative
Rebgasse 1, Postfach, 4005 Basel
oder Fax 691 16 31

Impressum: Nr. 4/November 2014. Herausgeber: Förderverein BastA!, Rebgasse 1, Postfach, 4005 Basel, Tel. 061 / 691 16 31. E-Mail: sekretariat@basta-bs.ch, PC 40-31244-5, Website: www.basta-bs.ch, erscheint mind. 4x jährlich, für alle Mitglieder gratis. Redaktion: Karin Haerberli, Patrizia Bernasconi, Richard Spillmann, Martin Flückiger, Druck: Rumzeis Basel